



EINSTELLUNG DES ERMITTLUNGSVERFAHRENS GEGEN EHEMALIGE BISCHÖFE:

Nordkirche bittet um Klärung der Vorgänge in der Staatsanwaltschaft Lübeck

12.09.2012 | Kiel/Lübeck (fz). Der Vorsitzende der Vorläufigen Kirchenleitung der Nordkirche, Bischof Gerhard Ulrich, und der Präsident des Landeskirchenamtes in Kiel, Prof. Dr. Peter Unruh, werden den Leitenden Oberstaatsanwalt der Lübecker Staatsanwaltschaft, Thomas-Michael Hoffmann, schriftlich um Klärung der Vorgänge rund um die Ermittlungen gegen ehemalige Bischöfe und zwei weitere Beschuldigte bitten. Dies haben sie heute (12. September) in Kiel angekündigt.

„Erst vor wenigen Tagen hatte die Staatsanwaltschaft Lübeck öffentlich von Ermittlungen seit dem Frühjahr gesprochen, die sich noch über Wochen oder gar Monate hinziehen würden. Nun erst, nachdem die Beschuldigten Tage lang an den Pranger gestellt worden sind, stellt die Staatsanwaltschaft plötzlich fest, dass eine Strafbarkeit gar nicht in Betracht kommt“, so Bischof Ulrich. Dies sei „in höchstem Maße irritierend“. Auch Professor Dr. Unruh hält dies für einen „bemerkenswerten Vorgang. Es ist mir absolut unverständlich, dass die Staatsanwaltschaft nicht bereits vor Monaten zu diesem nicht schwer zu ermittelnden Ergebnis gekommen ist“, so Unruh, „sondern statt dessen medienwirksam den Eindruck umfangreicher Nachforschungen vermittelt hat.“ Die Lübecker Staatsanwaltschaft habe damit nicht nur das öffentliche Ansehen der Betroffenen in vermeidbarer Weise beschädigt, sondern auch die Nordkirche ohne sachlichen Grund medial in ein schlechtes Licht gerückt.

Bischof Ulrich und Prof. Unruh sagten, dass bereits im Rahmen eigener Untersuchungen keine Amtspflichtverletzungen festgestellt wurden, die zu einem Disziplinarverfahren geführt hätten. Beispielsweise habe Maria Jepsen mit ihrem Rücktritt als Bischöfin im Jahr 2010 Verantwortung für etwas übernommen, das ihr in keiner Weise als persönliche Schuld angelastet werden könne und kann. „Dies haben wir vor zwei Jahren gesagt, und das haben die eigenen Untersuchungen ganz bestätigt“, so Bischof Ulrich. „Wir bedauern sehr, dass durch diesen Vorgang erneut alle Betroffenen erheblichen Belastungen ausgesetzt wurden. Und wir hoffen, dass dadurch der Blick nach vorne nicht verstellt wird – auf die Arbeit der Unabhängigen Expertenkommission und das gerade erarbeitete Verfahren für individuelle Unterstützungsleistungen für Missbrauchsopfer.“

Datum  12.09.2012

Von  Frank Zabel

Bildrechte 

Social Media  bookmarken

Artikel  Drucken | PDF | Empfehlen

Schlagworte  Bischof Ulrich | Nordkirche | Missbrauch

http://www.nordkirche.de/pressestelle/pressemeldungen/detail.html?tx_news_pi1%5Bnews%5D=647